

	Änderungsanträge Freie Demokraten Landesverband Hamburg 112. Landesparteitag am 05. September 2020	Vorlage: Landesvorstand Stand: 4. September 2020, 01.00 Uhr / ghh
TOP Drs.-Nr.	Beratungen / Anträge / Berichte	Änderungsanträge
7	Leitantrag	
L20201	Landesvorstand "Leben mit der Pandemie - vordringliche Maßnahmen"	Änderungsantrag Junge Liberale Füge ein nach Zeile 19: „Das Verbot des sogenannten Cornerns lehnen wir aber entschieden ab. Cornern ist gelebte Freiheit und darf nicht untersagt werden, solange der öffentliche Verkehr dadurch nicht gefährdet wird. Einschränkungen des Cornerns durch Alkoholkonsum- oder Aufenthaltsverbote lehnen wir genauso ab wie generelle Alkoholverkaufsverbote. Sind Einschränkungen in begründeten Ausnahmefällen, etwa auf Grund der epidemiologischen Lage, unumgänglich, sollten Ausweichflächen zum Cornern geschaffen werden. Auf den Ausgleichsflächen sollen Angebote in Abstimmung mit der Gastronomie aus dem betroffenen Sperrgebiet, bspw. Schanklizenzen, entstehen.“ Änderungsantrag Junge Liberale Füge ein nach Zeile 36 als neuer Punkt 4: „Die FDP Hamburg fordert, dass das Arbeitsverbot in der Prostitution unverzüglich aufgehoben wird. Während andere körpernahe Dienstleistungen bereits lange wieder angeboten werden dürfen, gilt für die legale Prostitution weiterhin Prohibition. Durch das monatelange Arbeitsverbot sind Existenzen bedroht und Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter werden in die illegale Prostitution gedrängt. Eine Voraussetzung für die Öffnung eines Betriebs ist die Vorlage eines angemessenen Hygienekonzepts. Grundsätzlich fordern wir eine Gleichbehandlung und eine Gleichstellung der Prostitution mit anderen Gewerben.“

	<p>Änderungsanträge Freie Demokraten Landesverband Hamburg 112. Landesparteitag am 05. September 2020</p>	<p>Vorlage: Landesvorstand</p> <p>Stand: 4. September 2020, 01.00 Uhr / ghh</p>
<p>TOP Drs.-Nr.</p>	<p>Beratungen / Anträge / Berichte</p>	<p>Änderungsanträge</p>
		<p>Änderungsantrag Landesvorstand</p> <p>Ersetze in Zeilen 144 bis 146: „Die Testung ... Folgetest erfolgt.“ <u>durch</u> „Die Überwachung von Rückkehrern aus Risikogebieten muss verbessert werden. Es muss sichergestellt sein, dass die Pflichten zur Testung und zur Quarantäne eingehalten werden.“</p> <p>Änderungsantrag Rose Pauly</p> <p>Füge ein in Zeile 196: „Den Senat fordern wir auf, sich mit dem NDR zu beraten, wie dieser die Aufführungen von privaten Theatern, Orchestern und Musikgruppen aus der norddeutschen Region in seine Fernseh- und Hörfunk-Programme aufnehmen und damit helfen kann, dass sie die Krise überleben.“</p> <p>Änderungsantrag LFA 9:</p> <p>Neufassung der Zeilen 218 bis 234: „Wir Hamburger Freie Demokraten fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> – im Rahmen eines Hamburger Konjunkturprogramms die Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer auf das durchschnittliche Niveau in der Metropolregion, – Priorität für Substanzerhalt und Modernisierung der vorhandenen öffentlichen Infrastruktur,

	Änderungsanträge Freie Demokraten Landesverband Hamburg 112. Landesparteitag am 05. September 2020	Vorlage: Landesvorstand Stand: 4. September 2020, 01.00 Uhr / ghh
TOP Drs.-Nr.	Beratungen / Anträge / Berichte	Änderungsanträge
		<ul style="list-style-type: none"> – den vollständigen Verzicht auf Steuer- und Gebührenerhöhungen in Hamburg, – die Vermeidung großer Verwerfungen im Zuge der Grundsteuerreform, auf der Basis des wertunabhängigen Flächenmodells ohne Hinzurechnung kalkulatorischer Erträge, – die Überprüfung aller Ausgaben im Hinblick auf ihre Dringlichkeit, um die Neuverschuldung in Grenzen zu halten, – einen deutlich ambitionierteren Tilgungsplan als von Rot-Grün geplant, der mit der Tilgung bereits in 2023 beginnt und die notsituationsbedingten Schulden bereits in 15 Jahren statt 20 Jahren tilgt, – die Auflösung der für wirtschaftliche Krisenzeiten gebildeten Konjunkturrücklage in Höhe der Steuermindereinnahmen in Folge des wirtschaftlichen Einbruchs, – die Stärkung der Kontrolle der IFB Hamburg durch die Bürgerschaft und eine unabhängig besetzte Kreditkommission, – keine Gewährung von Krediten und Bürgschaften für Unternehmen, die bereits vor der Covid-19-Pandemie in wirtschaftliche Schieflage geraten sind. Ebenso werden direkte oder indirekte Beteiligungen an diesen ausgeschlossen, – die Finanzierung der zurzeit laufenden koalitionsbedingten Behördenumstrukturierungen aus dem Bestand, den Abbau nicht zwingend erforderlicher Bürokratie.“
9	Weitere Anträge	
20201	LFAe 1 und 2 u.a.	Redaktioneller Änderungsantrag Wolf Achim Wiegand

	<p>Änderungsanträge Freie Demokraten Landesverband Hamburg 112. Landesparteitag am 05. September 2020</p>	<p>Vorlage: Landesvorstand</p> <hr/> <p>Stand: 4. September 2020, 01.00 Uhr / ghh</p>
<p>TOP Drs.-Nr.</p>	<p>Beratungen / Anträge / Berichte</p>	<p>Änderungsanträge</p>
	<p>„Hamburg bekennt sich zur EU - Europabezug in die Landesverfassung aufnehmen“</p>	<p>Ersetze in Zeile 15 „Staatenbund“ durch „Staatenverbund“</p>
<p>20202</p>	<p>LFA Wirtschaft „Mit Wirtschaftskompetenz aus der Krise – Was nach dem Corona-Lockdown zu tun ist“</p>	<p>Änderungsantrag Landesvorstand Ersetzen in Zeilen 8 und 9 „Deswegen sollten ... freigegeben werden.“ <u>durch</u> „Deswegen soll die Genehmigung zur Nutzung von verfügbaren Flächen in direkter Nachbarschaft oder Anbindung zu Gastro-Betrieben als Gastronomieflächen großzügig gehandhabt werden.“</p> <p>Änderungsantrag Rose Pauly Füge ein nach Zeile 19 als neue lfd. Nr. 2: „2. Ersatz für wegfallende Jahrmärkte</p> <p>Auch das Schaustellergewerbe gehört zu den besonders stark betroffenen Branchen. Mit Ausfall des Frühjahrsdoms haben Hamburger Schausteller seit Ende der Weihnachtsmärkte keine Einnahmen aber weiterlaufende Fixkosten. Einige Bezirke bemühen sich, zumindest Verkaufsstände auf Freiflächen zuzulassen, andere verhalten sich äußerst restriktiv - Schausteller haben z.B. in Altona keine Chance. Hier muss eine Hamburgweite Vorgabe für die Bezirke her. Einige Fahrgeschäfte - wie Kinder- oder Kettenkarussells - stellen keine Corona bedingte Gefahr dar. Auch hier fordern wir die Zulassung auf geeigneten Flächen. Der Hamburger Fischmarkt muss wie andere Wochenmärkte mit passendem Konzept wieder stattfinden. Für die Weihnachtszeit fordern wir vom Senat Pläne, wie statt räumlich begrenzten Märkten überall in Hamburg Marktstände und auch Ausschank mit Abstandsregeln möglich werden.“</p>

	<p>Änderungsanträge Freie Demokraten Landesverband Hamburg 112. Landesparteitag am 05. September 2020</p>	<p>Vorlage: Landesvorstand</p> <p>Stand: 4. September 2020, 01.00 Uhr / ghh</p>
<p>TOP Drs.-Nr.</p>	<p>Beratungen / Anträge / Berichte</p>	<p>Änderungsanträge</p>
		<p>Änderungsantrag LFA 9 Streiche in Zeilen 45 bis 47: "Sinvoll ... Ehegatten". Neufassung in Zeilen 47 bis 48: „Aktuell kann auf eine Senkung der Einkommensteuer ...“</p> <p>Änderungsantrag LFA 9 Ersetze in Zeile 55 und 56: den Satz: "Es wäre sinnvoll ... erhöhen." durch: „Wir wollen den Verlustrücktrag auf mindestens zwei Veranlagungszeiträume ausdehnen und den rücktragsfähigen Betrag deutlich erhöhen. Dadurch profitieren auch größere Unternehmen von der Liquiditätshilfe.“</p> <p>Änderungsantrag Rose Pauly Füge ein nach Zeile 69: „Deshalb fordern wir Freie Demokraten die Rücknahme der Vorfälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen. Damit erhöhen wir in wirtschaftlich schwieriger Zeit die Liquidität der Unternehmen. Außerdem befreien wir sie von nicht unerheblichen Bürokratielasten, denn jetzt müssen die Sozialversicherungsbeiträge vor Fälligkeit der Lohnzahlung für den laufenden Monat geschätzt und bezahlt werden. Nach Monatsende ist dann eine den tatsächlichen Entgelten entsprechende Korrekturanmeldung und Zahlungsangleichung erforderlich. Auf diese Weise sind</p>

	Änderungsanträge Freie Demokraten Landesverband Hamburg 112. Landesparteitag am 05. September 2020	Vorlage: Landesvorstand Stand: 4. September 2020, 01.00 Uhr / ghh
TOP Drs.-Nr.	Beratungen / Anträge / Berichte	Änderungsanträge
		<p>statt der früher üblichen 12 Monatsberechnungen doppelt so viele notwendig. Zudem entsteht die Zahllast zwei bis drei Wochen eher als vor Einführung dieser Regelung.“</p> <p>Änderungsantrag Rose Pauly</p> <p>Füge ein nach Zeile 110 als neuen Punkt 12:</p> <p>„Die Grundsteuer ist eine der wichtigsten Substanzsteuern, denn sie betrifft jeden Bürger. Mit der nun anstehenden Reform wird sie insbesondere in den Bundesländern, die das Modell der Bundesregierung einführen, zu erheblichen Mietsteigerungen in Ballungszentren führen und die aktuelle Tendenz zu überproportional steigenden Mieten verstärken. Wir Hamburger Freie Demokraten bekräftigen unseren Beschluss, im Rahmen der nächsten Föderalismusreform die Grundsteuer aus dem Länderfinanzausgleich herauszulösen und ihre Abschaffung zu fordern. Der Einnahmeausfall der Kommunen soll durch ein Zuschlagsrecht auf Ertragssteuern und eine Erhöhung der Sockelfinanzierung ausgeglichen werden, um die Auswirkungen konjunkturabhängiger Schwankungen dieser Einnahmen abzufedern.“</p> <p>Änderungsantrag des Landesvorstands</p> <p>Streichung der lfd. Nr. 18, Zeilen 192 - 203</p> <p>Begründung: Die Forderung ist aufgrund des bestehenden Beschaffungswesens, der bestehenden mittelfristigen Mittelbindungen und weiterer haushaltsrechtlicher Vorgaben als „Corona-Hilfe“ nicht umsetzbar.</p>
20204	Junge Liberale Hamburg	Änderungsantrag des Landesvorstands Ersetzung des Antrags durch folgenden Text:

	<p>Änderungsanträge Freie Demokraten Landesverband Hamburg 112. Landesparteitag am 05. September 2020</p>	<p>Vorlage: Landesvorstand</p> <p>Stand: 4. September 2020, 01.00 Uhr / ghh</p>
<p>TOP Drs.-Nr.</p>	<p>Beratungen / Anträge / Berichte</p>	<p>Änderungsanträge</p>
	<p>„Klare Kante gegen Rechts – für einen liberalen Antifaschismus“</p>	<p>„Der Liberalismus als Bollwerk gegen Rechtsextremismus</p> <p>Als Freie Demokraten ist uns die Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegen die Feinde unserer Verfassung Pflicht und Herzensanliegen zugleich, deswegen stellen wir uns klar gegen jede Form von Extremismus.</p> <p>Die Bekämpfung des Rechtsextremismus überlassen wir nicht der politischen Linken, sondern sie muss auch für uns Liberale ein zentrales Projekt sein. Wir verurteilen rechtsextreme Gewalttaten, bekämpfen aber auch die Narrative und Ressentiment geladenen Hassreden, die unser gesellschaftliches Klima vergiften und das Futter für Diskriminierung und Gewalt sind. Das rechtsradikale Werteverständnis ist geprägt von Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Frauenfeindlichkeit und Geschichtsrevisionismus sowie einer grundsätzlichen Demokratiefeindlichkeit. Die AfD bietet diesem Werteverständnis den Nährboden und die politische Heimat. Den Zuspruch zur AfD und ihre Wahl in alle deutschen Parlamente betrachten wir mit allergrößter Sorge um unser Land. Genauso wie unsere weltoffene Stadt, sind der Liberalismus, die Freie Demokratische Partei und unser Einsatz für die Freiheit des Einzelnen der größte Kontrast zur völkischen Ideologie und Hetze der AfD.</p> <p>Die Annahme der Wahl zum Ministerpräsidenten, obwohl eine Mehrheit nur durch die Stimmen der AfD-Fraktion erreicht werden konnte, war deshalb ein großer Fehler. Liberale Politik darf niemals auf Stimmen am rechten Rand angewiesen sein. Wir Liberale streben bei Wahlen Mehrheiten für liberale Inhalte aus der politischen Mitte heraus an. Insbesondere auf kommunaler Ebene lehnen wir eine Fraktionsbildung mit der AfD auch dann ab, wenn die Anzahl der Mitglieder der Bezirksversammlung der FDP nicht für die Gründung einer Fraktion reicht. Freie Demokraten beteiligen sich nicht an Regierungen, die für die Übernahme der Regierungsverantwortung oder für zentrale Entscheidungen wie Haushaltsbeschlüsse auf die Zustimmung der AfD angewiesen sind. Für Ämter, die wir Freie Demokraten nur mit den Stimmen von Abgeordneten der AfD erreichen, treten wir nicht an, bzw. nehmen eine entsprechende Wahl nicht an. Wir begeben uns in keine Abhängigkeiten zu dieser Partei. Wir lehnen jede Form der Zusammenarbeit und Kooperation mit der AfD entschieden ab und übernehmen ihre Ressentiment geladene Sprache</p>

	Änderungsanträge Freie Demokraten Landesverband Hamburg 112. Landesparteitag am 05. September 2020	Vorlage: Landesvorstand Stand: 4. September 2020, 01.00 Uhr / ghh
TOP Drs.-Nr.	Beratungen / Anträge / Berichte	Änderungsanträge
		<p>nicht. Wir reichen keine gemeinsamen Anträge mit der AfD ein und stellen uns konsequent ihren Versuchen entgegen, Gesetzgebungsprozesse und parlamentarische Abläufe zu unterminieren. Wir führen mit der AfD und ihr nahestehenden Organisationen keine Vernetzungs- und Austauschtreffen und keine gemeinsamen inhaltlichen Veranstaltungen durch. Bei externen Veranstaltungen, zu denen die FDP eingeladen wird, werden wir aber nicht absagen, weil die AfD eingeladen wird, sondern uns argumentativ mit ihnen auseinandersetzen. Eine frühere AfD-Mitgliedschaft führt in der Regel dazu, dass eine Mitgliedsantrag bei den Freien Demokraten nicht positiv entschieden wird, es sei denn, dass sich der Interessent/die Interessentin glaubhaft von der Partei abgrenzt. Eine verschwiegene AfD-Mitgliedschaft im Aufnahmeantrag stellt auch nach Aufnahme einen Ausschlussgrund dar.</p> <p>Für uns ist klar: Es darf in Hamburg und in Deutschland keine Relativierung und Normalisierung der AfD geben.“</p>
20208	Carl Cevin-Key Coste, Fabrice Henrici „Rechtsstaat und Verfassung in Pandemiezeiten“	Änderungsantrag Landesvorstand Streiche Zeilen 90-98 Änderungsantrag Junge Liberale Ersetze Zeilen 189 bis 191 durch: „Teilbereiche, wie ein gemeinsames Beschaffungswesen und Bevorratung von medizinischem Material sollten aber in den Aufgabenbereich der Union fallen. Zudem fordern wir eine Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Katastrophenschutzes als mobile Notfallgruppe. Diese soll sich aus Soldatinnen und Soldaten, Technikerinnen und Technikern und medizinischem Personal bestehen, die in nationalen Behörden oder Einsatzkräften angestellt sind und dort ihrer regulären Beschäftigung nachgehen und regelmäßig gemeinsam für den Ernstfall übt. Tritt dieser ein, wird die Notfallgruppe aktiviert und die

	Änderungsanträge Freie Demokraten Landesverband Hamburg 112. Landesparteitag am 05. September 2020	Vorlage: Landesvorstand Stand: 4. September 2020, 01.00 Uhr / ghh
TOP Drs.-Nr.	Beratungen / Anträge / Berichte	Änderungsanträge
		Mitglieder werden eingezogen. Sie kann unbürokratisch und auf Einladung in den Mitgliedsländern aktiv werden, die von einer Krise betroffen sind. Hier soll sie unbürokratische Soforthilfe leisten, also etwa in betroffenen Gebieten Notfallkrankenhäuser einrichten und Patient*innen in Nachbarländer liefern.“